

Halle-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216

Nummer 271/272

Bezugspreis: monatlich 1200,- mit halbjährlicher, Belegungen nebst
Halle-Saale
Donnerstag, 14. Juni 1923

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spalten zu 24 mm breit, 100 mm hoch, 250 Lin. Kleine Anzeigen
150 Lin. Familienanzeigen 100 Lin. Die 3. Spalte 80 mm breit
100 Lin. Familienanzeigen 800 Lin. Rabatt nach Art, Erhaltung der Halle-Saale

Geschäftliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801,
Jahres von 7 Uhr an Redaktion 5800 n. 5610. — Postfachkonto Leipzig 20512.

Donnerstag, 14. Juni 1923

Geschäftliche Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Nr. Kurier Nr. 8008.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Chtele, Halle-Saale

Das schwierige Ruhrproblem Vermittlungsversuche in London

Das schwierige Kompromiß

Paris, 13. Juni.

Nach dem „Reit Parisien“ ist die Lage folgende: Die englische Regierung scheint sehr zu wünschen, ihren Willen nicht zu entwerten, was die Zeit für weitere Verhandlungen schließend könnte. Andererseits erklärt sie es aber nicht für möglich, daß sie ohne Diskussion den von der französischen Regierung entworfenen Grundrissen zustimme. Man wolle, daß es der von Frankreich aus gestrichelte Wille ist, keine interalliierten Verhandlungen über die Reparationsfrage zu führen, wenn sich nicht vorher England bemühende, den positiven Widerstand Deutschlands einstellen zu lassen. Andererseits habe die sehr umfangreiche Note Frankreichs festgestellt, es gehe nicht, daß Deutschland die gegen die Alliierten seit der Ruhrbesetzung erhobenen Forderungen zurücklasse. Es sei auch notwendig, daß Deutschland sich allen von den Alliierten erlassenen Maßnahmen beuge und daß es sich zur Ausbesserung der wirtschaftlichen Schäden bereit ist, die in dem französischen Memorandum vom 2. Januar aufgeführt seien. Mit einem Wort, Frankreich verlange, daß der positive Widerstand erfolgt werde durch positive Mitarbeit beim dem Plane, den England noch nicht gebilligt habe. Es scheint, daß man in London, bevor man sich festlegen wolle, Verhandlungen nicht nur über die vorliegenden Eingeforderten, sondern über alle Fragen, die mit der Reparationsfrage in Verbindung stehen, mit Frankreich eröffnen wolle. Da die belgische Regierung in London gemäß den in Brüssel getroffenen Beschlüssen ihre eigenen Gedanken über dieses Problem zur Kenntnis gebracht habe, war es nicht überaus, diese belgischen Dokumente als Ausgangspunkt eines Meinungswechsels anzunehmen. In London werde also eine wichtige Anstrengung gemacht, um zwischen den noch sehr weit voneinander entfernten Standpunkten der drei Regierungen ein Terrain zu einer Vergewegung auf halbem Wege zu finden.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 13. Juni.

Schließlich der Reparationsfrage ist die englische Regierung bisher noch zu keinen bestimmten Beschlüssen gekommen. Die Verhandlungen mit Frankreich und den anderen Alliierten dauern an, und man hofft noch immer, daß der Meinungswechsel in Brüssel zur Annahme eines gemeinsamen Aktionsplanes führen wird. Die Presse billigt im allgemeinen

Ein neues französisches Todesurteil

Görges zum Tode verurteilt

Paris, 13. Juni.

Die von französischer Seite mitgeteilte wird, ist der Angeklagte der belgischen Militär- und Soldaten Görges heute von dem französischen Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Sabotage zum Tode verurteilt worden.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden die Franzosen sich nicht scheuen, auch hier das Todesurteil zu vollstrecken.

Frankösischer Krieg gegen Kinder

Münster, 13. Juni.

Das Contingent wird gemeldet: Am 7. Juni, morgens 8.30 Uhr, wurde die 10 Jahre alte Schülerin Paula Reinecke von französischen Soldaten (Balkonisten) in ein Balkonierhaus geschleppt und dort vergewaltigt.

Essen, 13. Juni.

Bei dem Essen-Mordanschlag bedienten sich belgische Soldaten Schilleren gelegentlich der Verteilung des Wohlstands an französischer Offiziere in Begleitung von fünf Soldaten und belgischen Offizieren mit der Erklärung, daß es mit einer Woche belagert werde. Dabei wurde das fünf Jahre alte Mädchen des Schloßes von den Soldaten mitgenommen, nachdem man es mit Schokolade belagert hatte. Die Mütter des Kindes ist bisher noch nicht gemeldet. Es sind Schritte beim Vater wegen seiner weiteren Verfolgung des Falles eingeleitet worden.

Vandalismus in Recklinghausen

(Eigener Drahtbericht.)

Recklinghausen, 13. Juni.

Die Erstfahung des Postens stellt sich als ein Unfallsfall heraus. Bekanntlich wurde auf dem Bahndamm am Bahnhof ein französischer Soldat aufgefunden, der seinen Kopf in den Stein, wo er ganz untergefallen, das ist an den Fuß des Bahndammes herankam. Wahrscheinlich ist der Posten nachts eingeschlagen und der Soldat hat sich durch irgendeine Bewegung des Schlafenden gelöst. Der Bahndamm hat daraufhin den Belastungszustand über die Stadt verhängt und ausgedehnt angeordnet, daß jeder

die abnormale Faltung der Regierungspolitik. Die „Times“ bemerken, jetzt sei der Augenblick für ruhige diplomatische Unterhandlungen und Beratungen gekommen, inwieweit der Charakter der verschiedenen widerstreitenden Forderungen definiert und der Inhalt des englischen Vorgehens bestimmt würde. Die Verantwortung, die jetzt auf der englischen Regierung ruhe, ist so groß, daß einige Zeit zu gehen würde, die sie eine ungeliebte Entscheidung finden kann. Nicht etwa, daß die Streitfragen nicht dringende eine Lösung fordern, oder daß der jetzige Zustand Deutschlands nicht eine Verwertung darstellt, so daß auch nur die Möglichkeit einer Lösung durch eine Verfestigung der Angelegenheit nicht in Gefahr gebracht werden dürfte. Aber auch die Alliierten zusammenkommen und sich auf das wirtschaftliche Problem konzentrieren können, müssen sie Mittel finden, ihre sehr abweichenden Ansichten über die jetzige Lage im Einklang zu bringen. Die „Daily Express“ bemerkt, in England so sehr wie Frankreich und Belgien daran interessiert, die Reparationen auf eine befriedigende Grundlage zu stellen. Die britische Ansicht gehe dahin, daß eine Fortsetzung der Ruhrbesetzung die Aussicht verringert, von Deutschland Zahlungen zu erlangen. Diese Seite der Frage werde in den Vordergrund gerückt, auch die Alliierten der Kriegsgebieten, die am Freitag in Amerika bezahlt werden müssen. Es betragen nominell 1.500.000 Pfund, aber etwa 18 Millionen, wenn der Wechselkurs in Rechnung gestellt wird. Der Weltan ist bereits durch die Arbeit nach Amerika gebracht und wartet hier in den Banken auf die Rückgabe an die amerikanische Regierung an dem festgelegten Tage. Am Freitag ist der Ton nach der üblichen Note nach der getrieben, durch die unüberhörte Staatsmedien über die angeblichen Beschlüsse des englischen Kabinetts hervorgerufenen gereizten Stimmung gegen Frankreich heute wesentlich abgemildert. Man hofft, daß die in Paris am Abend gemachte gemäßigtere Auffassung über die Ruhrbesetzung sich durchsetzen wird.

Ein belgischer Vermittlungsvorschlag

London, 13. Juni.

Der belgische Vorschlag, der gestern überreicht wurde, sieht eine Ententeconferenz über das Berliner Angebot vor, und zwar der Erörterung der Frage des passiven Widerstandes mit Deutschland. Das Programm für die Verhandlungen soll die Festlegung der Reparationshöhe auf 40 Milliarden Goldmark enthalten und eine Verlegung des Verteilungssitzes von Spa zugunsten Frankreichs und Belgiens.

nach 9 Uhr auf der Straße erlöste Befehl ohne Ausnahme erfüllt werden sollte. Dies ist denn bisher auch durchgeführt worden. Die Anarchisten sind vorgeschrieben, acht Stunden vorher, daß, trotzdem alle Strafen nach 9 Uhr völlig milder waren, fast in jeder Straße Gewerkschaften gebildet wurden. Die Soldaten waren teilweise angetrunken und feuerten Hindernisse nach allen Richtungen. Den Schüssen ist, wie berichtet, auch ein Kaufmann Müller's zum Opfer gefallen, den die Franzosen dann in ein Restaurant schleppten und trotz seiner Rufe nach der Mutter und nach einem Geistlichen sich selbst überließen. Dem höchsten katholischen Geistlichen der Stadt, der die Franzosen aufsuchte und zur Rede stellte, ob denn einem Sterbenden Hilfe und geistlichen Trost verweigert werden, wurde durch den Kommandanten jenseit geantwortet: „Ja, das wollen wir ja gerade!“ Die Franzosen lehnten auch die Zulassung einer roten Kreuzfahrt zur Verbindung von Verwandten ab. Es handelt sich um die 47. Division. Ein Urteil über dieses Verbrechen erließ sich

Das Revisionsurteil gegen Betriebsrat Müller

Düsseldorf, 13. Juni.

Bei dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf spielte sich heute das zweite Kapitel zum Verbrechen der 47. Division. Das Revisionsurteil gegen den Betriebsrat Müller. Nach etwa dreiwöchiger Verhandlung wurde das Urteil verkündet. Müller erhielt sieben Monate Gefängnis, während das Verbrechen Urteil im sechs Monate publiziert hatte. Die Höhe der Strafe wurde mit zwei gegen drei Stimmen festgesetzt. Drei Stimmen lauteten auf eine noch höhere Strafe.

Der Rürnberger Stadtrat gegen eine Schlagerfester

Rürnberg, 13. Juni.

Die sozialdemokratische Mehrheit des Rürnberger Stadtrats verweigerte der „Reichsflagge“ und anderen wasserläufigen Werbungen die Genehmigung zu einem Umzug als Kundgebung für den von den Franzosen ermordeten Schlager.

Der Boche bezahlt alles

Mit der Seite des Anküfers ruft Herr Boicars immer wieder in die Welt hinaus, daß Frankreich seinen eigenen Bürgern schon nahezu 100 Milliarden Franken für Kriegsschäden vorgeschrieben hätte, die eigentlich Deutschland zu zahlen gehabt hätte, daß sich aber böswillig seinen Verpflichtungen entzöge.

Was aber sind die Lasten? Frankreich leihnte die ihm von Deutschland angebotenen 100 Goldmillarden für den Wiederaufbau ab. Die Leihne gestiftet die wuchernden Arbeiter der größten Teile der Kriegsgebiete wieder aufzubauen. Die franz. Industriellen haben länger als ein Jahr die Matifizierung des Wiesobadener Abkommens, das die Befreiung der zerstörten Gebiete mit Material zum Wiederaufbau beauftragte, hinterzogen. Deutschland hat 40.000 Soldaten, nicht einmal ein Dutzend nahm Frankreich an. Die französische Industrie wollte sich den Wiederaufbau als gewinnbringendes Geschäft für Frankreich höher und die französische Politik der „offenen Ründe“ möglichst lange erhalten.

Ueber die Art und Weise, wie Frankreich von sich aus den Wiederaufbau betreibt, um Deutschland 100 Milliarden zu zahlen, ist ein gewisses Misstrauen vorhanden. In Brüssel, macht der Pariser Korrespondent der englischen „Times“ die Mitteilung, „The Statist“ interessante Mitteilungen, die völlig mit dem übereinstimmen, was Deutschland und neutrale Beobachter bereits des öfteren festgestellt haben. In „The Statist“ heißt es:

„Offensichtlich hat die Art und Weise, wie Frankreich die Reparationsansprüche seiner eigenen Bürger bezahlt hat, die Rechnung zu ungeheurer Größe anschwellen lassen. Hier einige Beispiele, die zur persönlichen Kenntnis des Schreibers gelangt sind und für deren völlige Richtigkeit er sich verbürgt. Ein Herr, den der Verfasser kennt, kaufte einige Jahre vor dem Kriege in Brüssel Wertpapiere, einige Aktien von Amiens, ein gewisses Aktienportfolio und einen großen Betrag für 18.000 Franken. Das Ganze wurde bei dem bevorstehenden Krieg im März 1918 getilgt. Der Eigentümer erhielt für die Ausgaben des Wiederaufbaues von der Kommision Cantonal, die mit der Feststellung der Schäden beauftragt ist, rund 150.000 Franken. Die Folge ist, daß der Besitzer, ein einfacher Mann, den Baunternehmern gestatten mußte, ein neues Haus zu bauen, das viel größer ist, als er sich je getraut hat. In einem Dorf im Bezirk von Doullens kennt der Korrespondent persönlich einen Landarbeiter, der vor dem Kriege niemals mehr als 3 Franken täglich erhielt. Dieser bekam kürzlich von der Regierung als Entschädigung für verlorene Arbeitszeit während der Vertreibung durch die kaiserlichen Ereignisse 40.000 Franken, obwohl er während der erzwungenen Arbeitslosigkeit von seinem Heimatdorf ohne Schwierigkeit mehr verdienen als zu Hause. Diese Summe wurde ihm neben der ihm für Wiederaufbauzwecke zugewandenen Entschädigung ausgezahlt. Im Fall einer Auferstehung, die ungefähr 15 Millionen von Sainte Juste, auf der Linie zwischen Paris und Boulogne liegt, wurden 3 Millionen Franken für die teilweise Zerstörung von Gebäuden durch Granatfeuer zugewandt. Diese Gebäude hatte der Eigentümer zu Beginn des Jahres 1914 für 250.000 Franken vergeblich zum Verkauf angeboten. Eine gerichtsliche Untersuchung wurde in diesem besonderen Falle von Amiens wegen angeordnet aber ich weiß nicht, ob die Sache irgendwem bevorzugen gekommen ist. Bei Zuständen von solcher Art werden verarmte Bürger Ausgaben für es kein Wunder, daß die französischen Bürger, angeblich können, Frankreich nahezu 100 Milliarden Franken seinen eigenen Bürgern für Kriegsschäden vorgeschrieben, die auf das Konto der deutschen Reparationen zu zahlen wären.

Wenn also Herr Boicars immer wieder behauptet, daß Frankreich sich ruinieren, weil Deutschland nicht zahlt, so ist das eine plumpe Verleumdung der Welt, denn die verarmten Bürger Frankreichs an seine Bürger fließen zum großen Teil in keine Rufen zurück, da die Sparenländer der so reichlich besetzten französischen Staatsbürger zu 9/10 in französischen Staatspapieren erfolgen. Deutschland ist bereit, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Reparationszahlungen zu leisten, aber die in Erwartung der deutschen Milliarden getriebene französische Verarmung überläßt seine Leistungsfähigkeit, und so muß das lächerliche „le boche payera tons“ für Frankreich notwendig zu einer bitteren Enttäuschung führen.

Dollar: Nachb. 100000 fest

Verhärter Belagerungszustand in Höchst

St. P. A. Nr. 13. Juni.

Infolge der Weigerung der Stadt St. P. A. die offenen Rheinübergänge neuwachen zu lassen, und für das Gerangelaffen der Schranzen auf den militärischen Strecken Sorge zu tragen, ist vom heiligen Kreisbelegierten über die gesamte Gemeinde Höchst der verhärtete Belagerungszustand verhängt worden. Dem Bürgermeister ist angeordnet worden, daß er vor ein Kriegsgesicht gestellt werde. Seitens der Stadtverwaltung sind zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung besondere Maßnahmen getroffen worden, die Geschäftslokale wurden aufgeschlossen, in diesen Tagen feierliche Versammlungen vorzunehmen. Außerdem ist eine Rationierung der Abgabe von Lebensmitteln erfolgt.

„Enthüllungen“ des Vorwärts

Berlin, 12. Juni.

Der „Vorwärts“ meldet aus Magdeburg. Am Freitag, den 8. Juni, abends nach 8 Uhr wurden in Magdeburg etwa 80 Deutsche, darunter Angehörige verschiedener Bünde und heiliger Reichsvereinigungen, verhaftet. Die Mannschaften der Reichswehr, die in der Stadt aufgepostet wurden, die Ladungen, die ihnen zugrunde liegen, sind folgende: Dem Oberleutnant Hoffmann von der Infanterie, inwieweit der Reichswehr eine Organisation zu schaffen, deren Aufgabe es ist, einmal für die deutsch-nationalsozialistische Bewegung einen Kern zu sammeln und zum Aufbau des Reichswehrpartei in Magdeburg, der als „Gef.“ bezeichnet wird, persönlich geleitet, auch noch, nachdem er inhaft genommen wurde. Aus dem Untersuchungsergebnis des Reichsgerichts in Leipzig ergeben sich nach wie vor die Befehle Hoffmanns.

Dem „Vorwärts“, der gleichzeitig die Ausübungsidentifizierung und die Organisationsidentifizierung des Reichswehrpartei, persönlich leitet, liegt wiederum einmal davon, und ist freizugehen zu beabsichtigen, damit wieder auf die Repressalien greifen kann. Wäre etwas anderes an der ganzen Geschichte, hätte die Befehle nicht und geräuchelt dem Treiben ein Ende machen können. Aber nein, es muß aller Welt einleuchtend werden, daß man in Deutschland nicht ein solches Verhalten in schändlicher Art, wie der Stiefel gegen Schloßler. Deshalb ist in den Mitten unserer Arbeit. Was nicht schon hätte den Reichswehr, wenn diesen Landesberatern nicht das unangenehme Handwerk gelegt wird?

Eine Hochbad-Erklärung

Welsch, 13. Juni.

Entgegen einer durch die Presse geangenen anderlautenden Mitteilung erklärt Oberleutnant Hoffmann, er habe dem Staatsgerichtshof zwar eine Selbstbestätigung eingereicht, aber ausdrücklich auf weitere Vernehmungen, also auf die der Generale Lubendorf, v. Seck und anderer Persönlichkeiten verzichtet.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Juni.

Am 2. Uhr 20 Min. nachmittags eröffnete Präsident Loebe die Sitzung mit der Mitteilung, daß von dem Vizepräsidenten der freien Stadt Danzig dem deutschen Generalrat in Danzig 26 Willamen als vollständiger Betrag einer Sammlung für die Hochbäder übermietet sind und daß der Bund daran die Versicherung geknüpft habe, daß er immer bereit sein werde, zur Verringerung der Not der Stämme, die sich in den Hochbädern befinden, (Reich, Weisung). Der Präsident sprach den Spenden den Dank des Reichstages aus.

Auf den Tagesordnung steht die erste Beratung der neuen Verbrauchssteuer. Die Verbrauchssteuer, das bisherige Einkommensteuergesetz soll bis zum 1. April 1924, die des Gesetzes über vorübergehende Verringerung der Zölle bis zum 30. Juni 1924 verlängert werden. Die Mineralwassersteuer soll erhöht werden auf 10 Mark je Liter Mineralwasser, 20 Mark auf Selterswasser. Bei der Beschäftigung, und in S. und in S. und in S.

Zum Paradies

Wannan von A. v. Alindow Proem.

„Wie so unliebenswert?“ verteidigte sich Eva. „Das ist ja der Welt, der auf seine Stammesbaum folgt ist und auf seine norddeutsche Wirtschaft, der sich extra etwas darauf zugibt hat, der sich den meisten Menschen überlegen fühlt und nur wenige als gleichberechtigt neben sich gelten läßt, an allenvergnügen oder eine Frau. Ja, das Letztere werden Sie nicht abgeben können.“

„Das ist ich aber doch“, entgegnete Albrecht. „Dann machen Sie sich über sich selbst Illusionen. Gerade wenn Sie mit den Frauen am liebsten verhalten sind, — daß Sie das sein können, bestreite ich gar nicht, — also gerade dann tritt die Überlegenheit am stärksten zutage. In Ihrer ganzen Art liegt in solchen Momenten eine gewisse spielerische Duldsamkeit und Rücksichtigkeit, wie man sie nur Menschen gegenüber beobachtet, die man absolut nicht ernst nehmen kann.“

„Für weiter im Text!“ drängte er ironisch, als sie innehielt. „Ich mochte?“ Ich bin doch nicht dazu da, um Ihnen die Reiten zu leihen. Ich wollte nur mein Bild verteidigen, das ich übrigens gleich zur Ausstellung im Kunstverein anmelde werden.“

„Und so schicken Sie mich also als ganz edelhaften Kerl in die Welt! Wenn ich das gedacht hätte!“

„Ob edelhaft oder nicht, darüber wird das Publikum entscheiden. Bekomme ich darauf Befehlungen, so findet man es eben offenbar gut und von günstiger Auffassung. Sieht kein Hund danach, dann haben Sie recht und ich muß Sie um Entschuldigung bitten.“

„Das Letztere wird Ihnen recht sehr klapper fallen.“

„Das gerichte nicht. Wenn ich unredlich sein habe, gefesse ich es offen ein. Aber vorberand flüchte ich mich noch im Recht und halte das Bild für gut und dankbar. Natürlich werde ich später Besseres leisten, denn mein Können steht noch in den Anfängen, und ich bleibe ja auch noch ruhig ein weiteres Jahr im Schulalter.“

„Glauben Sie etwa, daß Frau Zemdeh daran haben würde?“

neuer soll von der Mengenersteuer zur Wertsteuer übergegangen werden. Statt der festen Höhe sollen 20 Prozent des Steuerwertes erhoben werden. Aufsteigererfolge sollen steuerlich mit der Besteuerung ihrer Besteuerung, so wie die Einkünfteerfolge eintrifft. Die Einkünfteerfolge soll erhöht werden auf 10 Mark je Kilo, die Einkünfteerfolge auf 120 Mark je Kilogramm bei Einkünften und 800 Mark bei anderem Jueder. Die Regierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrates die Höhe der Zölle und Zinssteuer den Preisänderungen anzupassen. Bei der Verlängerung der Geltungsdauer der Einkünfteerfolge beantragen die Sozialdemokraten eine Aufhebung des jetzigen Einkünfteerfolgs der Steuer.

Die Vorlage geht nach kurzer Debatte an den Steuerausschuß.

Die übrigen Steuererfolge werden gemeinsam beraten.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

festigung der Bude im Gesetz, das nichts darüber sagt, was geschehen soll, wenn ein Geschäftsanbieter der Pflicht, sich ärztlich untersuchen zu lassen, nicht nachkommt.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

Die Einkünfte (Stamm) beantragt, daß die Regierung mit der Befreiung der Verbraucher durch die Erhöhung der indirekten Steuern es viel eiliger habe als mit der steuerlichen Befreiung der Einkünfte.

